

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 119

JULI-AUGUST 1970

EINZELPREIS S 3,-

Die stille Kolonialisierung greift um sich !

Ende Juni veröffentlichte die Wiener Arbeiterkammer eine Untersuchung über den Grad ausländischen Kapitaleinflusses in der österreichischen Wirtschaft. Wie der alte Revisionist Prof. Dr. Eduard März dazu mit dankenswerter Offenheit feststellte, war der eigentliche Zweck dieser Studie, den in letzter Zeit immer häufiger geäußerten Befürchtungen einer "Überfremdung" der österreichischen Wirtschaft entgegenzutreten und zu demonstrieren, daß der Einfluß des Auslandskapitals in Österreich "noch unter der Gefahrengrenze" liege. Erreicht wurde das Gegenteil. Denn die Fakten, welche selbst die mit Samthandschuhen arbeitende AK-Studie ans Licht brachte, können nur als alarmierend bezeichnet werden.

Von den insgesamt rund 40 Milliarden S Nominalkapital aller Kapitalgesellschaften in Österreich befinden sich derzeit laut AK-Studie über 9 Milliarden, das sind mit 22,6 Prozent fast



IMMER MEHR VON IHNEN SCHUFTE FÜR FREMDE AUSBEUTER

ZUR ENTWICKLUNG IN NAHOST

Drei Wochen lang war der ägyptische Staatschef Nasser Gast der sowjetischen Revisionisten. Als er danach in die VAR zurückkehrte, bot er der bürgerlichen und revisionistischen Westpresse die lange erhoffte "Sensation":

"NASSER STIMMT US-PLAN ZUR LÖSUNG DER NAHOSTFRAGE ZU!"

Mit der Sensation ist es jedoch lange nicht so weit her. Die Tendenz Nassers zu immer fragwürdigeren und fauleren Kompromissen war längst vorauszusehen und widerspiegelt nicht nur den Druck, welchen die Breschnew und Co. auf ihn ausüben, sondern auch die Degeneration seiner Klasse, der arabischen Bourgeoisie, von einer Kraft der nationalen Befreiung zu einer Brutstätte der Kollaboration mit den Imperialisten. Zugleich aber ist ganz offenkundig, daß die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten heute schon zu weit fortgeschritten ist, als daß sie die vereinigten Kräfte des arabischen Feudalismus und Kapitalismus, unterstützt vom sowjetischen Revisionismus, noch aufhalten könnten. Weder Nasser noch sonst irgendjemand ist heute noch in der Lage, im Nahen Osten ein imperialistisches "Schlichtungsprojekt" durchzusetzen, das den Lebensinteressen der arabischen Völker ins Gesicht schlägt. Die Zeitung "El Fatah", das Organ des Zentralkomitees der Widerstandsorganisationen, hat das unmißverständlich festgestellt, als es die Projekte der USA "und aller anderen, die Krokodilstränen wegen des Friedens im Nahen Osten vergießen", als für das palästinensische Volk gänzlich uninter-

Fortsetzung auf Seite 5

ein Viertel all dieser Gesellschaften, ausschließlich oder zum Großteil im Besitz ausländischer Kapitalisten. Zählt man dazu auch jene Gesellschaften, in denen ausländische Kapitalisten oder Firmen eine so dominierende Minderheitsbeteiligung ("Kontrollpaket") haben, daß sie als mächtigste Teilhaber offensichtlich das Kommando führen, ergibt die AK-Untersuchung mit 25,6 Prozent bereits mehr als ein Viertel.

In Wirklichkeit bleibt diese Zahl jedoch weit hinter der Realität zurück! Die AK-Studie berücksichtigt nämlich nicht, daß sich der effektive Umfang der Auslandsbeherrschung gar nicht einfach anhand der offiziellen Aktien- und Anteilsverteilung konstatieren läßt. Viele Kapitalisten, die unbestreitbar österreichische Staatsbürger sind, sind ebenso unbestreitbar bloße Beauftragte und Strohmannen ausländischer Finanzmagnaten, ganz zu schweigen von den österreichischen Politikern, die das ebenfalls sind. Eine überaus große Zahl österreichischer Betriebe sind außerdem durch Lizenzverträge, Lieferabkommen und Kooperationsbestimmungen so eng mit dem Auslandskapital verflochten, daß sie de facto unter seinem Kommando stehen. Gerade etliche der größten österreichischen Betriebe, die verstaatlichten nicht ausgenommen, haben Monopolvereinbarungen verschiedenster Art mit internationalen Kapitalsgruppen getroffen, in welchen die mächtigeren Partner, nämlich die ausländischen, das Machtwort sprechen. Schließlich darf man ja auch nicht vergessen, welche gewaltigen Möglichkeiten und Auswirkungen der politische Einfluß des Auslandskapitals und seiner Sachwalter auf die Wirtschaft unseres Landes hat. Hätte die Untersuchung der AK auch diese Fakten einbezogen, so wäre eindeutig herausgekommen, daß nicht bloß etwas über ein Viertel, sondern der Großteil der österreichischen Wirtschaft vom ausländischen Finanzkapital kontrolliert und beherrscht wird.

Doch selbst die von der AK angegebenen Zahlen sind aufsehenerregend genug. In einigen Industriezweigen und Wirtschaftssparten wi-

derspiegeln sie geradezu koloniale Verhältnisse, insbesondere in den modernsten, sich am raschesten entwickelnden und profitabelsten Industriezweigen wie etwa in der chemischen und in der Elektroindustrie. In letzterer arbeiten heute schon rund 60 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben auslän-

Fortsetzung auf Seite 4

Ausverkauf!

AUS DEM ANZEIGENTEIL EINER EINZIGEN NUMMER DER WESTDEUTSCHEN "FRANKFURTER ALLGEMEINEN"

Modernes Fabriksobjekt in Wien abzugeben

auch als Bürohaus verwendbar. 2000 qm Nutzfläche, mit anschließendem Baugrund. Für ein weiteres Bürohaus weitere 2500 qm Nutzfläche in einem Innenbezirk von Wien abzugeben. Zuschr. unter „In bester Verkehrslage 53 932“ an IWG., Wien 1., Postfach 12.

Innsbruck: Olympiabau, eingerichtete Ferienhäuser, DM 100 000.- Dr. Pichler, Immobilien, Innsbruck, Pfarrgasse 6.

Bestens eingerichteter, lukrativer österr. Erzeugungsbetrieb der Damenkonfektion

in Nähe der österreichisch-deutschen Grenze, krankheitshalber zu verkaufen. Zuschriften an: Dr. Kreibich, Salzburg, Sigmund-Haffner-Gasse 8.

Vierkanthof

zu 24 ha, 10 Rinder, 50 Schweine, Villa im Rohbau, schöne Lage in Oberösterreich, erford. 200 000 DM, zu verkaufen. Zuschriften unter 31 729/V an OAB, Linz, Landstr. 24/I, Österreich.

SALZBURG

Landhaus, modernst ausgest., bekannter Kurort nur 20 Minuten von der Festspielstadt entfernt. Wegen Übersiedlung um DM 155 000.- z. verkaufen durch Kanzlei Marterbauer Salzburg, Münzgasse 1

Verkauf Maschinenfabrik

hoher Auftragsstand, 14 Arbeitnehmer, um S 5 800 000. Österreich Heribert Öller, Wien IX, Währinger Straße 74/14

ÖSTERREICH

Jagdgut, 1000 ha

Hohe Tauern, nächst Zell am See, mit Jagdzupachtung, Abschluß 50 St. Hoch-, Gams-, Rehwild, Hahnen.

Forstgut, 450 ha

nächst Mariazell, arrondiert, 100 000 fm Fichtenbestände, 2000 fm Einschlag, aufgeschlossen, Eigenjagd.

Hotel Ariberg

80 Betten, zwei Saisonsonnen, Bar, Restauration, Neubau, 1964, verkf.

Realbüro Dr. Max Huber

Wien I., Reichsratsstraße 8, Telefon 42-47-47, Graz I., Burggasse 6, Tel. 84-3

BADGASTEIN

Kurhotel, mit 35 Betten, Thermalbädern, beste Sommer- und Wintersaison, altershalber um DM 250 000.- und Lebensrente zu verkaufen durch

KANZLEI MARTERBAUER Salzburg, Münzgasse

Herstellung hochwertiger Spezialprodukte, voll beschäftigt, ca. 100 ha Eigengrund, ausbaufähig (Arbeitskräftereservoir) mit eigener Wasserkraft und Verkaufsorganisation mit ausgedehnten Magazinen in Wien, zu verkaufen. Nähere Auskünfte durch

Hotel mit Restaurant

33 Zimmer, moderne u. kompl. Ausstattung, in Österr. stärkstem Rheumabad, 45 km von Wien, um DM 360 000.- abzugeben. Bes. Erich Furtenbach Deutsch-Altenburg a./Donau, Niederösterreich.

Vor kurzem stillgelegter, eingerichteter

Tischlerei- und Säge

in Kärnten, große Betriebs- und Lagerräume, ca. 2000 m verbaute Fläche, zentral heizbar, auf ca. 20 000 m arrondierter Grundfläche an der Autostraße, 15 km von Klagenfurt (am Wörther See) entfernt, in holzreicher Gegend, evtl. mit oder ohne Beteiligung, zu verpachten oder zu verkaufen. Besonders geeignet für Möbelindustrie (Stuhlfabrik), Hobelwerk, Parketten oder Kistenfabrikation, die Etablierung eines Türen- oder Furnierwerkes sowie als Auslieferungslager (Arbeitskräfte am Ort vorhanden). — Übernahme einer Hypothek und Teilzahlungen möglich.

Zuschriften unter „70 025“ an ÖWG, Klagenfurt/Österreich.

Schloßbesitz in Österreich

Älteste Teile 11. Jahrhundert, Renaissancehof, Rittersaal, gedeckte Reitschule, Park und Fischteiche, in waldreicher Umgebung Wiens zu verkaufen. In bestem Zustand, sofort beziehbare. Zuschrift, unter „Überraschend günstig“ unter BM 33449 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach 3463.

Wörthersee — Krumpendorf

Baugrund, 2000 Quadratmeter — zentralist

gelegen — einmalig — 150 m vom See entfernt. Günstige Zahlungsbedingungen. KLAGENFURT, Hauptpostamt — Postf. 163.

Nähe Umgeb. Graz (Hauptstadt Steiermark)

150 PS ausgebaute Wasserkraft mit in Betrieb stehender Großmühle sowie modernst eingerichtetem Sägewerk, Betriebsgebäuden, Lagerhallen, Bahnanschluß, ca. 50 000 qm Areal, alles in Bestzustand, gegen bar und Leibreute zu verkaufen. Ca. 200 Arbeitskräfte im Ort. Anträge unter „Gelegenheit 2775“ an Rasteiger, Graz, Joanneumring 6 (Österreich).

Für interessantes Unternehmen der chemisch-technischen Industrie mit angeschlossener pharmazeutischer Produktion in Wien

wird erstklassiger Kaufmann zur vollständigen oder teilweisen Übernahme der Gesellschaft gesucht. Anfragen unter „Monopolstellung in Österreich“ unt. H F 37019 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach 3463.

Thiersee/Kufstein in Tirol

1500 qm baureifes Wiesengelände, an Hang gelegen, nahe See, Alleinverkauf:

TECTUM, 1. ORDNUNG ÖSTERREICH

HOLZSTOFF- und PAPPENFABRIK

Eine Aktion gegen die NDP-Faschisten in Wien

Die neofaschistische NDP und ihr "Führer", der sattem bekannte Südtirol-Terrorist Dr. Norbert Burger, hatten die Frechheit, für den 17. Juni in Wien im Restaurant "Zum Auge Gottes" eine Versammlung anlässlich eines "Tages der deutschen Einheit" einzuberufen. Die österreichischen Behörden, deren Sympathien zum Bomben-Burger und seiner Bande bekannt sind, nahmen die Anmeldung der großdeutschen Provokation wohlwollend entgegen und versprachen ihren Schutz. Dieser bestand dann darin, daß ein Großaufgebot von Sicherheits- und Kriminalpolizei, darunter über 100 stahlhelmbewehrte Schulmannschaften Holoubeks schon lange vor Beginn der Nazi-Kundgebung das "Auge Gottes" zernierten und nur Personen passieren ließen, die mit Einladungen der faschistischen Einberufer ausgestattet waren. Der Umstand, daß unter anderem auch die Sekretariate der Sozialistischen Jugend, der "Jungen Generation" der SPÖ und andere SP-Organisationen gegen die Zulassung der NDP-Provokation protestiert hatten, hinderte den SP-Innenminister, den SP-Polizeipräsidenten und die ganze SP-Regierung nicht im mindesten, den Burger-Mannen im buchstäblichen Sinn des Wortes die Mauer zu machen.

Allerdings lief die Sache dann doch nicht ganz so wie vorgesehen. Das Polizei-Großaufgebot konnte nicht verhindern, daß sich vor dem "Auge Gottes" hunderte antifaschistische Demonstranten sammelten und den Verkehr auf der Nußdorferstraße blockierten. Gerade die viele Polizei sowie die Sprechhöre, Spruchbänder und Tafeln der meist jungen Demonstranten machten die Bewohner der Umgebung auf das, was da vor sich ging, aufmerksam, sodaß die Zahl der Demonstrierenden immer weiter anwuchs. Als nun die NDP-Leute, anscheinend im Vertrauen auf den Polizeischutz, auch noch anfangen, Steine, Knallkörper und mit Wasser gefüllte Beutel aus dem Gebäude auf die Demonstranten zu werfen, riß diesen die Geduld. Nach einem mit rasch besorgten Eiern und Paradeisern durchgeführten Bombardement wurde gegen das Nazilokal vorgerückt und es war klar, daß es gestürmt werden würde.

In diesem Moment allerdings hielt

es der inzwischen persönlich auf dem Kampfplatz erschienene "sozialistische" Innenminister Rösch für geboten, die formelle "Auflösung" der Nazi-Veranstaltung zu verfügen. Er konnte das umso leichter tun, als die Faschisten ihr Programm inzwischen weitgehend erledigt hatten und zum großen Teil durch Hinterausgänge geflüchtet waren, wieder unter Polizeischutz, versteht sich.

Die "Arbeiter-Zeitung" der SP und die "Volksstimme" der Revisionisten haben diesen Ablauf der Ereignisse als großen Erfolg der "demokratischen Kräfte" ausposaunt, während die ÖVP-Presse natürlich den SP-Innenminister als Schwächling angriff, der sich dem "Druck der Straße" beuge. Weder das eine noch das andere ist in dieser Form richtig. Man darf nicht übersehen, daß die NDP-Faschisten im wesentlichen doch durchgesetzt haben, was sie wollten, während die "Auflösungs"-Verfügung Rösch' in erster Linie ein demagogischer Trick war, um sich einen "antifaschistischen" Anstrich zu geben und die Demonstrierenden zu beschwichtigen. Lehrreich ist auch, wie eifrig einige scheinlinke Ableger der rechten SP-Führung (wie etwa Hindels u. a.) bemüht waren, sich als großartige "Demokraten" und "Antifaschisten" vorzustellen, um ihren schwindenden Einfluß vor allem

in der jüngeren Generation wieder etwas zu festigen.

Für die Wiener Antifaschisten, die meist im letzten Moment von der geplanten Nazi-Provokation erfahren hatten, war die Aktion vom 17. Juni zweifellos eine notwendige, ernstzunehmende und wichtige Sache - für die Opportunisten und Revisionisten war sie bloß Anlaß zu einer heuchlerischen "Alibi"-Erbringung. Dafür war nicht nur die Schau typisch, die Hindels abzog, sondern auch der Umstand, daß seitens der KPÖ-Führung, die sich besonders "engagiert" gebärdet hatte, knapp drei Dutzend von ihren angeblich fast zehntausend Wiener Mitgliedern erschienen waren.

Der widerspruchsvolle Charakter solcher und ähnlicher Aktionen wie der vom 17. Juni in Wien ist gegenwärtig unvermeidbar und darf keinesfalls zu ihrer Geringschätzung und Negierung verleiten. Der demagogische Mißbrauch solcher Aktionen durch Pseudo-Linke und Feiertags-"Antifaschisten" wird umso rascher scheitern, je massiver und entschiedener sich die wirklich linken und kämpferisch-antifaschistischen Kräfte in sie einschalten und je offensiver sie gerade bei solchen Aktionen klarstellen werden, daß es nicht genügt, der NDP und ähnlichen Sumpflüthen der Reaktion entgegenzutreten, sondern entlarvt und bekämpft werden muß, was hinter ihnen steht, sie unausgesetzt hervorbringt, offen unterstützt oder insgeheim aufpäpelt.



JUNGE WIENER ANTIFASCHISTEN ERTEILEN DEN PROVOZIERENDEN NDP-FASCHISTEN
EINE ENERGISCHE ANTWORT

Fortsetzung von Seite 2

dischen Besitzes und ausländischer Kommandogewalt! Die Flachglasindustrie in Österreich ist bereits zur Gänze in ausländischen Händen. Doch auch außerhalb der Industrie gibt es solche offensichtlichen Herrschaftsbezirke des Auslandskapitals. Die Versicherungsgesellschaften etwa, die eben jetzt einen neuen großen Raubzug vorbereiten, sind laut AK-Studie zu 50 Prozent Auslandsbesitz.

Für die fremden Profitschinder ist die Organisationsform der GmbH von besonderem Vorteil, weil diese laut österreichischen Gesetzen keine Bilanzen veröffentlichen müssen. Das Ergebnis ist, daß 57,3 Prozent aller "österreichischen" GmbH-Unternehmen in ausländischem Besitz sind!

Auch der Zahl der Beschäftigten nach ist der unmittelbar vom Ausland kontrollierte Sektor der österreichischen Industrie selbst nach der AK-Berechnung höchst eindrucksvoll, denn mit 111.000 Arbeitern und Angestellten übertrifft er die Beschäftigtenzahl der gesamten verstaatlichten Industrie unseres Landes!

Und was von besonderer Wichtigkeit ist: diese schon jetzt überaus ernste, mit den Interessen der österreichischen Unabhängigkeit ganz unvereinbare Situation verschlimmert sich von Jahr zu Jahr! Das ausländische Kapital marschiert in der österreichischen Wirtschaft in raschem Tempo voran, ergreift immer neue Bereiche und Positionen, verbreitert ununterbrochen seinen Einfluß. Anfang der Sechzigerjahre hatte eine ähnliche AK-Studie nicht ganz ein Fünftel Auslandsanteil an der österreichischen Industrie ergeben, jetzt halten wir offiziell beim Viertel. Der nun mit 57,3 % angegebene Auslandsanteil an den GmbH-Unternehmen hatte damals "erst" 46,8 % betragen. Interessant ist auch, daß unter den ausländischen Finanzgruppen, die unser Land als ihre bevorzugte Profitplantage betrachten, das westdeutsche Kapital bereits wieder die erste Stelle einnimmt. Mit einem Anteil von mehr als 25 Prozent an allen ausländischen Kapitalsbeteiligungen sowie als Drahtzieher eines bedeutenden Teils der an 3. Stelle marschierenden Schweizer Beteiligungen haben die westdeutschen Finanzhyänen sogar den Anteil des US-Kapitals schon überboten und dringen weiter vor, wobei sie sich außer dem industriellen Sektor auch den Handelssektor immer mehr unterwerfen. Das Groß-

kaufhaus- und Versandgeschäft in Österreich wird heute schon weitgehend von den westdeutschen Mammutfirmen beherrscht und selbst der Kleinhandel gerät immer stärker in die Klauen der alten kolonialen Ausbeuter unseres Landes.

Was all das bedeutet, ist aus vielen traurigen Beispielen bekannt. Es bedeutet die zunehmende Verwandlung Österreichs in einen Kolonialstaat der westdeutschen und amerikanischen Geldsäcke. Es bedeutet die Auslöschung der nationalen Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs bis zu einer lächerlichen Phrase. Es bedeutet, daß über die Politik des sogenannten "neutralen Österreich" mehr in fremden Metropolen bestimmt wird als in Wien (man braucht übrigens nur die aufgeblähten Botschaften Bonns und Washingtons in Wien mit dem Bundeskanzleramt zu vergleichen, um eine Ahnung zu bekommen, wo die wichtigeren Entscheidungen fallen!). Es bedeutet nicht nur eine sich verschärfende Ausbeutung des arbeitenden Volkes unseres Landes durch fremde Herren, sondern auch, daß die ganze Entwicklung der österreichischen Wirtschaft, Technik, Kultur usw. schwerstens geschädigt und deformiert wird. Es bedeutet, daß im Falle einer größeren kapitalistischen Krise das österreichische Volk besonders getroffen werden wird, weil die Imperialisten immer versuchen, die Krise und die Krisenfolgen den abhängigen Ländern aufzuladen, sie dorthin zu exportieren. Und so weiter.

Die Herrschaften, welche in Österreich das große Wort führen, wissen alles das sehr genau. Dennoch tun sie so, als sei das Vordringen des Auslandskapitals für Österreich eine Wohltat, ein "Stimulans", ein "Impuls zum Wettbewerb", eine "Kapitalspritze" udgl., sie preisen in aller Welt an, wie billig die Arbeitskraft in Österreich ist, wie gut man hier also profitieren kann und sie treffen auch alle möglichen gesetzlichen Vorkehrungen, um dem Auslandskapital zusätzliche Anreize und Sicherheiten zu bieten. In dieser Richtung versucht die SP-Führung sogar noch, die ÖVP zu übertrumpfen.

Wie kommen die Vertreter des kapitalistischen Systems in Österreich zu einer solchen Politik, warum tun sie das? Sie machen all das, weil sie daran verdienen und hoffen, noch lange Zeit daran mitverdienen zu können. Sie machen es, weil sie wissen, daß sich das arbeitende gegen seine Ausbeutung und Unterdrückung umso schwerer wehren kann, je tiefer das Land in die Fes-

seln der Abhängigkeit vom Auslandskapital verstrickt ist. Sie tun es, weil sie Quislinge, Verräter der österreichischen Nation sind.

Die Studie der Arbeiterkammer hat ergeben, daß es in Westeuropa kein anderes Land mit einer so ausgeprägten Kontrolle durch das Auslandskapital gibt und nur Belgien eine ähnlich alarmierende Besitzstruktur aufweist. Diese Erscheinung hat tiefe historische Wurzeln. Seit langem dominieren in der österreichischen Bourgeoisie äußerst reaktionäre, parasitäre, nationalverräterische Züge. Diese Bourgeoisie und erst recht das, was an ihren Rockschoßen hängt,

hat sich längst darauf spezialisiert, im Gefolge mächtigerer Herren zu schmarotzen, sich am Ausverkauf des Landes gesundzu stoßen, die Rolle von Kompradoren und Quislingen zu spielen.

Deswegen ist der entschiedene Kampf zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs eine ständige Aufgabe größter Wichtigkeit und Dringlichkeit. Deswegen ist dieser unerläßliche Kampf besonders eng mit dem Klassenkampf verbunden und deswegen wird er seinen entscheidenden Erfolg erst mit dem Sturz des kapitalistischen Systems in unserem Lande errungen haben.

ZUR ENTWICKLUNG IN NAHOST

Fortsetzung von Seite 1

essant bezeichnete und neuerlich unterstrich:

"WIR WERDEN DEN KAMPF BIS ZUR ENDGÜLTIGEN BEFREIUNG PALÄSTINAS UND BIS ZUR BILDUNG EINES DEMOKRATISCHEN PALÄSTINASTAATES FORTSETZEN!"

Das ist auch eine klare Antwort an die sowjetischen Imperialisten, deren "Nahost-Pläne" und "Friedensvorschläge" denen der US-Imperialisten gleichen wie ein faules Ei dem anderen und nicht zufällig den besonderen Beifall der US-Kreatur U Thant gefunden haben.

Die sowjetischen Revisionisten haben ihre Aktivitäten im Nahen Osten in letzter Zeit sehr intensiviert. Sie machen mit ausrangierten Waffen und Flugzeugen profitable Geschäfte, versuchen sich eifrig als Nachahmer der klassischen imperialistischen "Kanonenboot-Diplomatie" und verwenden ihre sogenannte "Hilfe" als Druckmittel, um sich Einfluß zu verschaffen und den Kampf auf Formen und Richtungen zu beschränken, die ihren egoistischen Großmachtinteressen entsprechen. In der Vereinigten Arabischen Republik selbst setzen sie immer mehr Maßnahmen, die auf die faktische Okkupation des Landes hinauslaufen. Eine wachsende Zahl sowjetisch-revisionistischer Offiziere, Militärfachleute und Techniker hält die Schlüsselpositionen der Armee der VAR besetzt, legt fest, was in und mit dieser Armee zu geschehen hat und was nicht, kontrolliert und gän gelt immer mehr die gesamte Politik des Nasser-Regimes.

Da dieses Regime offenbar zuneh-

mende Angst vor der anschwellenden Massenbewegung hat, dieselbe Massenbewegung aber auch das entscheidende Hindernis bei der Verwandlung der VAR in eine sowjetisch-revisionistische Halbkolonie ist, gibt es eine gewisse Interessengemeinschaft zwischen den Kreml-Führern und den Repräsentanten der ägyptischen Bourgeoisie, die Massenbewegung im Zaum zu halten und auf "ungefährliche" Formen zu beschränken sowie ein baldiges Kompromiß mit den US-Imperialisten und ihren israelischen Kettenhunden zu erreichen.

Insbesondere der bewaffnete Befreiungskampf der arabischen Widerstandsorganisationen mit seinen großartigen Guerilla-Aktionen, seiner Einbeziehung immer größerer Massen in den Kampf, seiner unerhört revolutionierenden Wirkung auf alle Unterdrückten und Ausgebeuteten des arabischen Raums, geht sowohl der ägyptischen Oberschichte (schon gar den arabischen Feudalherren!) als auch der sowjetischen Revisionistenclique heftig wider den Strich. Deswegen die wütende Verleumdung dieses bewaffneten Kampfes und seiner Aktionen durch die Kreml-Führer als "unverantwortlich", "abenteuerlich", "anarchistisch" usw. und seine immer deutlichere Sabotage durch Nasser und seine Hintermänner.

Damit aber stehen die arabischen Völker heute nicht mehr bloß einem Lager von Ausbeutern und Unterdrückern gegenüber, sondern zwei solchen Lagern: dem Lager der US-Imperialisten und ihrer israelischen Büttel einerseits und andererseits dem Lager der sowjetischen neuen Zaren und ihrer bourgeoisen und feudalen Partner innerhalb der arabischen Herrschichte. Es ist für die arabischen Völker von größter

Wichtigkeit, sich über diese Tatsache gründlichst klarzuwerden und dafür zu sorgen, daß ihr mutiger antiimperialistischer Befreiungskampf nicht durch Verrätereien hinter den Linien geschwächt wird.

Die verräterische Rolle der sowjetischen Revisionisten im Nahen Osten mag manchmal nicht sofort zu durchschauen sein, weil sie sich hinter "antiimperialistischen" Phrasen und demagogischen Gesten gegen die israelischen Militaristen versteckt. Aber man muß zwischen Worten und Taten unterscheiden. Die sowjetischen Revisionisten stehen mit Israel lediglich insofern in Gegensatz, als ihre imperialistischen Interessen mit jenen der Drahtzieher Israels, der US-Imperialisten, zusammenstoßen.

Die US-Imperialisten und die Sow-



BEGRABT DEN IMPERIALISMUS UND ALLE SEINE KETTENHUNDE !

jetrevisionisten paktieren einerseits miteinander, andererseits sind sie Rivalen. Sie rivalisieren, wenn es um die Teilung der Beute geht, und sie paktieren, wenn es gegen das Volk geht. Im Nahen Osten zeigt sich das mit besonderer Deutlichkeit. Beide imperialistischen Mächte sind Feinde der Völker – sowohl der arabischen als auch des israelischen. Und die arabische nationale Bourgeoisie verliert ihre ehemals fortschrittliche, antiimperialistische Rolle umso mehr, je tiefgreifender die revolutionäre Mobilisierung der Volksmassen selbst ist und je mehr ihr bewußt wird, daß die in Bewegung geratenen Massen schließlich nicht beim kapitalistischen System stehenbleiben werden.

Doch sie alle können diese Entwicklung nicht aufhalten, weder die Imperialisten in West und Ost mit all ihren Mitteln und Werkzeugen, noch die feudalreaktionären und bürgerlich-konservativen Kräfte in den arabischen Ländern selbst. Der bewaffnete Volkskrieg in Nahost entwickelt sich zügig. Er genießt die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der 100 Millionen Araber sowie die Solidarität aller fortschrittlichen und freiheitsliebenden Kräfte in der Welt. Er wird unbedingt siegen.

Abonnieren Sie

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Erscheint monatlich

Jahresabonnement S 35,—

Auslandsabonnement S 45,—

Postcheckkonto Nr. 173.848

Zuschriften erbeten an Redaktion „Rote Fahne“, Wien XV, Goldschlagstraße 64/5 — 1150

Tel. 92-33-88

ACHTUNG !

Der Verlag „Rote Fahne“ bedauert mitteilen zu müssen, daß die Herausgabe der schon seit einiger Zeit angekündigten Broschüre „Lenin über Grunderkenntnisse der revolutionären Theorie und Praxis“ aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden mußte. Wir hoffen jedoch, dieses wichtige Projekt in nicht allzulanger Frist durchführen zu können.

REDE MICHAEL GENNERS VOR DEM

GESCHWORENENGERICHT AM 5. JUNI 1970

Genosse Michael Genner war bekanntlich im November und Dezember vorigen Jahres in eine als „Untersuchungshaft“ getarnte politische Vorbeugehaft genommen worden, weil er als Verantwortlicher für ein Flugblatt gezeichnet hatte, in dem zum Widerstand gegen die rechtsradikalen Schlägerbanden des sogenannten „Twen-Shops“ aufgerufen worden war, welche Flugzetteln brutal niedergeschlagen hatten. Die Polizei, welche die nur notdürftig als „Ordner“ aufgeputzten Schläger aktiv unterstützt hatte, bezog den Widerstandsaufbruch sofort auf sich und der Staatsanwalt leitete gegen Michael Genner ein Verfahren wegen „Verleitung zum Aufstand“ ein.

Wie erinnerlich, hat eine Reihe von Protestaktionen junger Arbeiter und Studenten die Freilassung Genners aus der sogenannten „Untersuchungshaft“ erzwungen, konnte aber keinen Freispruch Genners durchsetzen, sondern nur die Beschränkung der Anklage auf das geringere Delikt der „Aufwiegelung“, wofür eine unbedingte strenge Arreststrafe von einem Monat über Genner verhängt wurde.

Die „Rote Fahne“ hat in ihrer vorigen Nummer (Nr. 118) zu diesem ersten Vorstoß der reaktionären Klassenjustiz ausführlich Stellung genommen. Nun veröffentlichen wir den wesentlichen Inhalt des Schlußplädoyers Genners, das tiefen Einblick in die in Österreich derzeit herrschende politische Situation gibt und zweifellos ein Dokument von großer zeitgeschichtlicher Bedeutung darstellt.

Der Herr Staatsanwalt hat behauptet, daß es sich hier nicht um einen politischen Fall handelt, daß ich nicht wegen meiner politischen Ansichten, sondern wegen einer strafbaren Handlung vor Gericht stehe. Eine halbe Stunde später hat der Herr Staatsanwalt gesagt, daß bei der ELIN-Demonstration am 1. Mai 1968 neun Polizisten von den „Gesinnungsgenossen“ des Angeklagten verletzt worden sind. Schade, man kann mir nicht nachweisen, daß ich die neun Polizisten alle selber niedergeschlagen habe; aber das sei jedenfalls ein Indiz für meine gewalttätige Einstellung. Der Staatsanwalt macht mich ausdrücklich für die Handlungen anderer verantwortlich, weil ich dieselbe politische Gesinnung habe wie sie!

Der Staatsanwalt hat von Gewalttätigkeiten von unserer Seite gesprochen. Es ist aber eindeutig erwiesen (zum Beispiel durch die Zeugen dafür, daß Herr Glattauer* den 15-jährigen Schüler Martin Pyrker niedergeschlagen hat), wer hier die Gewaltakte gesetzt hat: die Veranstalter und ihre Schlägergarden! Das Gericht nimmt ja offensichtlich die Gewalttätigkeiten der „Ordner“ als gegeben an – sonst hätte es ja nicht auf die Einvernahme meiner Zeugen für diese Überfälle verzichten können.

Der Herr Staatsanwalt hat weiter davon gesprochen, daß man in dem TV-Film, der uns im Studio Königl-

berg gezeigt wurde, nichts davon gesehen habe, daß „Ordner“ unter Deckung der Polizei gegen Fritz Kaiser vorgegangen sind. Er hat vergessen, daß die wichtigsten Teile des Films weggeschnitten und weggeworfen worden sind, nämlich die Teile, wo nach Berichten von Leuten, die den Film damals in der Sendung „Zeit im Bild“ gesehen haben, die Überfälle der „Ordner“ zu sehen waren.

Der Staatsanwalt hat gesagt, die Veranstalter hätten mir und den Leuten meiner Richtung einen Stand im Messegebäude eingeräumt. Wir hätten uns mit unseren Argumenten nicht durchsetzen können, deshalb hätten wir eben zu „schlagenden Argumenten“ gegriffen. Das ist unwahr – der Staatsanwalt weiß genau, daß dieser Stand nicht mir und meinen Genossen eingeräumt worden ist und daß wir uns immer von diesem Stand distanziert haben. Es hat eine Menge rechte und „linke“ Gruppen auf dem Twen-Shop gegeben und sie haben oft eine Menge Unsinn geredet – auch auf diesem Stand. Wir haben uns in die Twen-Shop-Kampagne erst nach dem Überfall der „Ordner“ auf friedliche Demonstranten am 4. November 1969 eingeschaltet.

Der Staatsanwalt hat auch ein paar

* Herbert O. Glattauer, Redakteur des Wiener Boulevardblattes „KURIER“, das zu den Veranstaltern des „Twen-Shop“ gehörte, versuchte sich seinen Brötchengebern durch besondere Gemeinheit zu empfehlen. Anmkg.

richtige Sachen gesagt. Er hat gesagt: "Man darf Toleranz nicht als Schwäche auslegen. Die Demokratie muß wachsam sein. Gegen Feinde der Demokratie muß man von Anfang an mit aller Schärfe vorgehen, will man nicht Mitschuld tragen an einer Entwicklung wie 1933."

Ich kann das nur unterstreichen! Genau diese Entwicklung will die Reaktion und wir werden deshalb gegen sie "von Anfang an mit aller Schärfe vorgehen"!

Wir haben genug Erfahrung mit rechtsradikalen Schlägern; wir wissen, wie man mit ihnen fertig wird.

Bei der Kambodscha-Demonstration am 14. Mai 1970 haben wieder solche Störtrupps wie auf dem Twen-Shop die Demonstranten angegriffen und mit Tränengaspi-

stolen in die Menge hineingeschossen. Die Polizei hat sich herausgehalten; das war gut - wir haben selber die Nazis einen nach dem anderen herausgefangen und der Polizei übergeben. Das ist ein Beispiel dafür, wie man Provokateure kurz und schmerzlos ausschaltet.

Der Staatsanwalt hat übrigens immer vergessen zu sagen, warum wir eigentlich all die Demonstrationen gemacht haben, die er mir in seiner Anklageschrift zur Last legt.

Auf diesem Prozeß ist bisher viel Lärm um nichts gemacht worden, denn die spitzfindigen juristischen Streitigkeiten über die Definitionen von "Aufstand", "subjektivem" und "objektivem Tatbestand" interessieren den jungen Arbeiter, um dessen Probleme es bei unseren Akti-

onen geht, überhaupt nicht. Ihn interessieren auch nicht die großartigen theoretischen Abhandlungen, die von manchen linken Gruppen auf dem Twen-Shop verteilt worden sind, sondern den interessieren seine materiellen Interessen, für die wir unsere Aktionen gemacht haben.

Sie können sich vorstellen, wie viele von den schönen Sachen, die dort ausgestellt waren, sich ein Lehrling mit 200 Schilling Lehrlingsentschädigung in der Woche leisten kann. Für die meisten der 50.000 Jugendlichen, die den Twen-Shop besucht haben, war diese Veranstaltung eine einzige Provokation! Das ist natürlich nicht nur auf dem Twen-Shop so, sondern überhaupt in der Werbung - und das Resultat ist dann, daß der junge Arbeiter, wenn er schon ein

„EINZIG UND ALLEIN GEGEN ROTCHINA GERICHTET..."

Die Washingtoner Korrespondentin der großbürgerlichen Wiener "Presse", Marlene Manthey, veröffentlichte in ihrem Blatt am 17. Juni 1970 einen längeren Artikel über die amerikanische Militärpolitik der letzten Jahre, in dem einige Passagen sehr aufschlußreich sind. So schreibt Manthey über die fieberhafte Aufrüstung der USA unter den Präsidenten Kennedy und Johnson:

"Diese Aufrüstung ... war einzig und allein gegen Rotchina gerichtet. Sie war der Preis, den Präsident Kennedy für die russisch-amerikanische Annäherung und das Ende des Kalten Krieges in Europa zahlte. Er war bereit, den Russen ihre am Ende des Zweiten Weltkriegs erworbene Grenze in Europa zu garantieren und eine amerikanisch-russische Interessengemeinschaft in der Gegnerschaft zu Rotchina zu schaffen. Aus diesem Grunde verfolgten die amerikanischen militärischen Operationen in Indochina von Anfang an zwei gesonderte Ziele: Eine Aufmarschbasis gegen China in Vietnam zu etablieren - weswegen so gewaltige, für den Dschungelkrieg völlig unnötige Luft- und Seebasen wie Cam Ranh angelegt wurden - sowie außerdem in den lokalen Bürgerkrieg zugunsten der prowestlichen Partei einzugreifen. In der Tat wurde im Rahmen dieses weltumfassenden Konzepts der Vietnamkrieg nicht geführt, um ihn schnellstens zu gewinnen, sondern um hinter dieser Fassade die amerika-

AMERIKAS JUGEND WEISS, WAS SIE VON NIXON ZU HALTEN HAT



nische Präsenz auf dem asiatischen Festland auszubauen."

Woher diese überraschende Offenheit? Nun - Kennedy ist lange tot, Johnson auf dem politischen Schrotthaufen, während Nixon das Wasser bis zum Hals steht. Die Leute aber, deren Sprecherin die Manthey ist, versuchen verzweifelt, der wachsenden Unpopularität Nixons entgegenzuwirken, indem sie ihn als "grundverschieden" von seinen Vorgängern anpreisen und dabei ungewollt einige Wahrheiten über jene ans Licht bringen.

Wie gesagt, es ist ein verzweifelter Versuch, der stark an den bekannten Theologenstreit erinnert, welcher Teufel der Bessere sei, der blaue oder der grüne. Nixon ist wahrlich ein "würdiger" Nachfolger seiner kriegstreiberischen Amtsvorgänger. Er beweist das immer wieder. Deshalb wird er aber auch genauso wie jene auf dem Misthaufen der Geschichte landen.

bißchen eigenes Geld hat, diese Dinge doch kauft, auf Raten natürlich, also Schulden macht und dann aus den Überstunden und aus dem Pfuschen nicht mehr herauskommt, um die Raten abzahlen zu können.

Dann gibt es noch die andere Möglichkeit, daß er sich die Sachen, die ihm da ständig angeboten und gleichzeitig vorenthalten werden und von denen ihn doch nur eine Schaufensterscheibe trennt, einfach nimmt. Ich habe - sowohl durch meine Arbeit als Soziologe als auch durch meine politische Arbeit - das Milieu der Arbeiterjugend genau kennengelernt; und ich kenne viele Jugendliche, die auf diese Weise unter die Räder gekommen sind: die Reklame, die ständig auf sie einwirkt, treibt die Profite der Spekulanten und gleichzeitig die Jugendkriminalität in die Höhe - und diese Jugendlichen kommen dann ins Gefängnis und ins "Erziehungsheim" und werden dort von der Justizmaschinerie zerbrochen.

Aber es ist natürlich klar, daß man all das nicht auf dem Twen-Shop ändert. (Deshalb haben wir uns dort auch zuerst auf Aufklärung durch Flugblätter beschränkt, bis der Überfall vom 4. November organisierte Gegenmaßnahmen notwendig gemacht hat.) Aber das kann man auf andere Weise ändern. Gerade in den letzten Monaten sind immer mehr Jugendliche zu uns gekommen und haben begonnen, sich zusammenzuschließen, um für ihre Interessen den politischen Kampf zu führen.

So war das ja schon in den vergangenen Jahren: wenn den Arbeitern Unrecht und Unterdrückung zugefügt worden ist, dann sind wir für sie eingetreten und haben versucht, ihnen zu helfen:

1968 waren die Massenentlassungen in den ELIN-Werken. Die Arbeiter haben sich vor der ELIN-Zentrale in Penzing versammelt und haben dort zwei Stunden darauf gewartet, daß die Delegation ihrer Gewerkschaft zurückkommt, die sie hineingeschickt hatten. Und drinnen haben inzwischen die Bonzen ausgepackelt, wie sie die Arbeiter loswerden. Die Gewerkschaftsführer sind nach zwei Stunden herausgekommen und haben den Arbeitern gesagt: "Ihr müßt verstehn, Kollegen, die wirtschaftliche Lage... wir werden schon schauen, daß ihr neue Arbeitsplätze bekommt. Jetzt kann man halt nichts machen, geht nach Hause."

Wir haben die ganzen zwei Stunden, während sie drinnen gepackelt haben, mit den Arbeitern diskutiert und ihnen gesagt, daß es so kommen wird; und wir haben dann mit ihnen am 1. Mai, dem alten Kampftag der Arbeiter, gegen die Entlassungen demonstriert. Das war die Demonstration, die der damalige Innenminister Soronics zum Anlaß genommen hat, um zu rufen: "Ab jetzt keine Milde mehr für Demonstranten!"

Das Caritas-Heim in der Geblergasse in Wien war ein sogenanntes "Resozialisierungsheim" für jugendliche Kriminelle: für Jugendliche, die unter den schlechtesten Bedingungen aufgewachsen waren, von denen viele beinahe ihr ganzes Leben in Heimen verbracht hatten, und die dann nach dem Gefängnis im "Resozialisierungsheim" der Willkür von Heimleitern ausgesetzt waren, die ihr Geld unterschlugen und sie durch bezahlte Schläger überwachen ließen. Und dann kamen ein paar Erzieher, die es besser machen woll-

ten, die die alte Heimordnung abschafften und die Zöglinge einen Heimrat wählen ließen, damit sie lernen konnten, sich selbst zu verwalten und in einem demokratischen Kollektiv zusammenzuleben. Bei diesem Experiment hat es Schwierigkeiten gegeben, aber es hat geklappt. Das hat den Leuten von der Caritas nicht gepaßt und sie haben die Jugendlichen delogiert. Die Folge war, daß die Leute, die gerade erst angefangen hatten, sich an Selbstbestimmung und kollektives Zusammenleben zu gewöhnen, durchgedreht haben, daß sie die Einrichtung und alles, was sie selber aufgebaut hatten, zusammengeschlagen haben. und daß dort ein paar Tage lang Chaos war. Dann sind wir hingekommen und haben den Leuten gesagt: "Es ist eine Schweinerei, daß ihr delogiert werdet; wir werden euch helfen, aber die Voraussetzung dafür ist, daß das ganze organisiert und diszipliniert abläuft." Daran haben sich die Jugendlichen gehalten. Sie haben die zerstörte Einrichtung wieder hergestellt; und damit waren sie gerade fertig, als der Delogierungstermin da war. Dann begannen die Protestaktionen, die Ihnen ja bekannt sind.

Man darf sich nicht vorstellen, daß die Geblergasse ein Einzelfall oder auch nur annähernd das Schlimmste war, was es in Österreich gibt. Vor ein paar Tagen habe ich einen Brief von einem Jugendlichen aus der "Erziehungsanstalt" Kaiserebersdorf bekommen. Er schreibt:

"Als ich von Eggenburg nach Kaiserebersdorf kam, Ich bin nach Kaiserebersdorf gekommen, weil ich dreimal auf Flucht ging. Mir wurde eine Glatze geschoren, nur daß ich nicht auf Flucht gehen konnte. Als ich in Kaiserebersdorf war, wurde ich eingeweiht in die Hausordnung. Hier gab es zum Beispiel Sachen, die strikt verboten waren. Zum Beispiel man durfte nicht raufen oder im Bett nicht rauchen und so weiter. Wer die Vorschrift überschritten hat, wurde auf die Gruppe 5 überwiesen. Das ist die Strafgruppe.

Da wurde man 3 bis 6 Monate angehalten. Wenn man das Pensum nicht schaffte, z. Bsp. mußte man im Tag 2.000 Splinten zupfen und Feuerzeug stopfen, so wurde man in die Korrektur eingesperrt. Das galt nämlich als Arbeitsverweigerung. Schaffte man das Pensum eine Woche lang nicht, so wurde man verdroschen. Das geschah in der Korrektur. Da kamen 3 bis 4 Erzieher und einer nach dem anderen verdrosch uns. Ich konnte mir nicht helfen, denn ich war allein.

Wenn man die Zellentür ungewollt zumachte, bekam man mit einem großen Schlüsselbund ein paarmal über den Rücken geschlagen. Man

MAO TSETUNG VIER PHILOSOPHISCHE MONOGRAPHIEN

Format 13 x 18 cm 152 Seiten
Bestellnummer 49 ö. S. 8, -(plus Porto)

MIT DEN VIER BERÜHMTE SCHRIFTEN "ÜBER DIE PRAXIS", "ÜBER DEN WIDERSPRUCH", "ÜBER DIE RICHTIGE BEHANDLUNG DER WIDERSPRÜCHE IM VOLKE" UND "WOHER KOMMEN DIE RICHTIGEN IDEEN DER MENSCHEN?" FASST DIESER HANDLICHE BAND DEN KERN DER POLITISCH-PHILOSOPHISCHEN ARBEITEN MAO TSETUNGS ZUSAMMEN. DIE GENIALEN ERKENNTNISSE, MIT DENEN MAO TSETUNG DEN MARXISMUS-LENINISMUS SCHÖPFERISCH WEITERENTWICKELT HAT, SIND HIER AUF IHRE KÜRZESTE UND PRÄGNANTESTE FORM GEBRACHT. KEIN POLITISCH AUFGESCHLOSSENER MENSCH KANN DARAUF VERZICHTEN, DIESES BUCH ZU STUDIEREN.

Richten Sie Ihre Bestellung an die "ROTE FAHNE". Derzeit ist prompte Auslieferung möglich.

rungsheim" der Willkür von Heimleitern ausgesetzt waren, die ihr Geld unterschlugen und sie durch bezahlte Schläger überwachen ließen. Und dann kamen ein paar Erzieher, die es besser machen woll-

wurde beim Waschen sadistelt. Kamen wir vom Waschraum, hat man uns mit der flachen Hand auf die Brust geschlagen. Und normal trafen sie uns beim Brustbein, daß ein paar von uns zu Boden gingen. Drei bis vier Wochen sah man die Handabdrücke blutunterlaufen auf der Brust. Für jeden Strafzettel, den man auf der Strafgruppe bekam, und wenn die Arbeitsleistung nicht gut genug war, bekam man mit der Stahlrute zehn Schläge über den Hintern. Die Stahlrute hieß die Grüne Minne. Ein Erzieher namens Weiß verdrosch einen 16-jährigen Zögling derartig, daß er bewußtlos am Boden liegenblieb. Der Zögling war ein guter Freund von mir. Nur weil er ein Fluchtgespräch hatte. Ich, der diesen Bericht geschrieben hat, könnte noch mehr darüber schreiben, aber ich glaube, vorläufig genügt es."

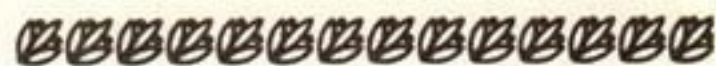
Das ist kein Bericht aus einem Konzentrationslager der Nazizeit. Das ist ein Bericht aus Österreich im Jahre 1970! Das sind die Zustände, gegen die wir kämpfen!

Sie, Herr Staatsanwalt, werfen uns weiter den Sitzstreik in Wiener Neustadt vor. Dafür werde ich mich vor einem anderen Ge-

schworenengericht verantworten, darüber läuft ein eigenes Verfahren, das steht hier juristisch überhaupt nicht zur Debatte. Aber wir können uns politisch darüber unterhalten: Das war eine Aktion gegen die Verschacherung der Verstaatlichten Industrie; eine Aktion dagegen, daß in Österreich wieder Massenarbeitslosigkeit kommt. Was die Folgen der Verschacherung sind, das haben wir ja schon in der Vergangenheit gesehen. Ein Beispiel dafür war ja eben der Abbau bei ELIN, dessen Ursache die Verträge mit dem westdeutschen Siemenskonzern waren, in denen festgelegt wurde, daß die ELIN Verträge mit Dritten nur mehr mit Zustimmung von Siemens schließen kann. Da kam dann eben Produktionsdrosselung und Hunderte von Arbeitern wurden abgebaut. Und jetzt hat voriges Jahr das ÖIG-Gesetz, gegen das wir in Wiener-Neustadt demonstriert haben, die Grundlage dafür geschaffen, daß das alles sich in viel größerem Rahmen wieder

holt, daß unsere ganze Wirtschaft dem ausländischen Kapital ausgeliefert wird und nicht mehr nur Hunderte, sondern Zehntausende Arbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren!

Dagegen kämpfen wir. Das verstehen wir unter Schutz der Demokratie. Die jungen Arbeiter, die sich in den letzten Wochen zu organisieren begonnen haben, wachen auch über diesen Prozeß. Und wir werden für die Interessen der Arbeiter kämpfen, ganz gleich, wie dieser Prozeß ausgeht!



Karger und Lauscher offiziell geehrt

Unter obigem Titel berichtete die revisionistische "Volksstimme" am 4. Juli 1970 voller Stolz, daß ihre Wiener Ex-Gemeinderäte Franz Karger und Josef Lauscher von Bürgermeister Marek das "Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien" erhalten haben. Die "Ehrung", die in der Regel bei aus Altersgründen verabschiedeten Mandatären erfolgt, wurde den KPÖ-Führern zuteil, nachdem sie bei den letzten Wiener Gemeinderatswahlen durchgefallen sind. Wie die "Volksstimme" besonders erfreut schreibt, hat Bürgermeister Marek an den "Geehrten" u. a. gerühmt, daß sie stets "ihrer politischen Überzeugung treu geblieben" sind.

Ehre, wem Ehre gebührt! Herr Karger etwa war ja wirklich immer besonders "treu": bis 1953 als eifriger "Stalinist", ab 1956 als ebenso eifriger Antistalinist, Anfang der Sechzigerjahre als "Säuberer" der Wiener KP-Organisation von Leuten, die den Marxismus-Leninismus ernst nahmen und jüngstens als Einpeitscher der Unterwerfung unter die Moskauer Okkupationslinie, womit er sich endlich ins Politbüro der KPÖ hinaufgeturnt hat. Dort kann er jetzt "neue Wege zum Sozialismus" zeigen, das goldene kapitalistische Verdienstkreuz auf der Brust.

JAKOB ROSNER - LETZTER AKT

Vor zweieinhalb Jahren erschien in Wien ein überaus revolutionär aussehendes Flugblatt "An die Kommunisten Österreichs!", in dem es hieß:

"Nach fast 50-jährigem Bestehen hat die KPÖ aufgehört, als Partei des entschiedenen Kampfes für die sozialistische Revolution und gegen den reformistischen Verrat zu existieren. Sie hat alle Grundsätze der revolutionären Arbeiterbewegung preisgegeben und ist zu einer kläglichen opportunistisch-revisio-

Mittelalterliche Klassenjustiz

Am 15. Dezember 1969 wurde der Student Leander Kaiser in Wien wegen "Religionsbeleidigung" und "Pornographie" zu einem Vierteljahr Arrest unbedingt verurteilt, weil er in der Zeitung der Sozialistischen Mittelschüler einen Artikel veröffentlicht hatte, der die Pillen-Enzyklika des Papstes kritisierte, die Unfehlbarkeit des Papstes in Zweifel stellte und dem Artikel ein Foto aus einem westdeutschen "Aufklärungsfilm" zufügte, das in einer in Österreich weit verbreiteten Zeitschrift bereits unbeanstandet abgedruckt worden war. Als "erschwerend" war dem Studenten angelastet worden, daß er das anstößige Foto nicht unverhüllt gebracht, sondern mit einem schwarzen "Schamstreifen" überdruckt hatte, worin der Staatsanwalt eine besondere "Reizung der Lusternheit" erblickte. Wegen der Anzweiflung der Unfehlbarkeit des Papstes und wegen der Angriffe gegen die römisch-katholische Kirche hatte ein besonders sittenstrenger Oberlandesgerichtsrat sogar die Psychiatrierung des Artikelverfassers beantragt. Diesem Juwel des österreichischen "Rechtsstaates" zufolge steht jeder Mensch, der am Papst und an der Kirche zweifelt, unter dem Verdacht, "nicht zurechnungsfähig" zu sein.

Leander Kaiser hat gegen seine unter so skandalösen Umständen erfolgte Verurteilung berufen. Daß er damit Erfolg haben und die laut SP-"Arbeiter-Zeitung" wohl "einmalige Justizgroteske" mit einem Freispruch enden würde, galt so ziemlich allen Kommentatoren als ausgemachte Sache. Schon gänzlich unhaltbar schien das Urteil zu werden, als dann noch das österreichische Justizministerium in die Hände des vielgepriesenen SP-"Justizreformers" Dr. Broda überging.

Nun ist die Probe aufs Exempel da: Die Nichtigkeitsbeschwerde Leander Kaisers wurde abgelehnt, bloß das Ausmaß seiner Bestrafung wurde etwas gemildert. Der an die Wunschen des Justizministers gebundene Generalanwalt war zwar der Meinung, daß man bei der Anwendung der Paragraphen vorsichtiger hätte sein sollen, aber daß Kaiser bestraft werden müsse, stand auch für ihn fest.

Wie Figura zeigt, befindet sich die österreichische Justiz nach wie vor in ihrem Metternich-Stadium, wenn nicht sogar im Zeitalter der Inquisition. Daran etwas zu ändern, dazu bedarf es offensichtlich mehr als eines Kabinettswechsels von der ÖVP zur SPÖ.

nistischen Partei entartet... Es wäre Selbsttäuschung, zu glauben, die schein kommunistische Partei zu einer echten Partei der Arbeiterklasse rückführen zu können... Heute ist es durch den Verrat der Führer der KPÖ notwendig geworden, neuerlich eine revolutionäre Partei zu gründen", usw., usw.

Jeder "klassenbewußte Arbeiter" - so hieß es dann weiter - der diese Überzeugungen teile, möge eine Zustimmungserklärung an "einen der untenstehenden Genossen" senden, worauf alsbald die Gründung der notwendig gewordenen neuen Partei vorgenommen werde.

So überzeugend revolutionär das Flugblatt im ersten Moment auch aussah, hatte es doch zumindest drei "Schönheitsfehler":

Der eine war der Umstand, daß der prominenteste "untenstehende Genosse" derselbe Jakob Rosner war, den viele Kommunisten gerade in den letzten Jahren als einen prinzipienlosen Farbverkehrler kennengelernt hatten. Der zweite "Schönheitsfehler" war, daß es eine solche antirevisionistische, wirklich revolutionäre

marxistisch-leninistische Partei seit einigen Monaten bereits wieder gab. Und drittens war Rosners Aufruf leider fast nur unter den Mitgliedern und Sympathisanten dieser neugegründeten Partei verbreitet worden, genauer gesagt, an die Adressen einer Kartei, die nicht lange vorher gerade bei dieser Partei gestohlen worden war.

Einigermaßen erfahrenen und wirklich klassenbewußten Genossen war es damals schon klar, daß der Aufruf des Herrn Rosner und seiner Gefolgsleute Alfred Jocha, Helmut Hronek usw. in Wirklichkeit nicht den Zweck hatte, eine konsequent marxistisch-leninistische Partei zu gründen, sondern vielmehr, ihre kurz zuvor erfolgte Gründung zu torpedieren, die Reihen der Kämpfer gegen den Revisionismus zu desorganisieren, diese Kräfte gleich nach ihrem Zusammenschluß in einer neuen revolutionären Organisation in einen womöglich tödlichen Fraktionskampf zu verstricken.

Bekanntlich ist das nicht gelungen. Aus Rosners, Jochas und Hroneks "Partei" ist nichts

geworden. Rosner selbst ist nun gestorben und auch von seinen damaligen Spießgesellen kann man nicht gerade sagen, daß sie leben.

Diese Pleite hat die KPÖ-Revisionisten nun bewogen, anlässlich des Ablebens Jakob Rosners keine Rücksichten mehr zu nehmen und ihn als Apparatschik zu beklagen, auf den sie sich immer und überall verlassen konnten und der ihnen stets zu Diensten war. "Er hat sein ganzes Leben in den Dienst der Partei gestellt; er hat für die Partei viel geleistet", schrieb das KPÖ-Zentralorgan am 20. Juni in einem längeren Nachruf, während sich die Oberrevisionisten Fürnberg, Wachs, Peter und Dubovsky um den Sarg drängten und letzte Grüße sandten.

So wissen nun wenigstens auch die naivsten Leute, welche Rolle Jakob Rosner im Auftrag der Chruschtschowianer gespielt hatte und was von jenen seiner "sterblichen Überreste" zu halten ist, die im Lokal der Wiener Trotzkisten ihre letzte Ruhestätte gefunden haben und von dort aus ab und zu Gestank verbreiten.

AUS DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG

Kambodschas patriotische Armeeangehörige und Zivilisten haben glänzende Kampferfolge aufzuweisen

Ende Juni 1970 hat das Verteidigungsministerium der Regierung der Nationalen Union von Kambodscha ein Komunique veröffentlicht, das einige militärische Ergebnisse des Kampfes des kambodschanischen Volkes zwischen März und Juni des Jahres zusammenfaßt:

Von den patriotischen Armeeangehörigen und Zivilisten Kambodschas wurden in der Berichtsperiode etwa 10.000 Mann US-Truppen, ebenso viele Saigoner Marionettentruppen und rund 40.000 Mann der Lon-Nol-Truppen außer Gefecht gesetzt.

Nahezu 300 feindliche Flug-

zeuge wurden abgeschossen, rund 1.400 Militärfahrzeuge, über 150 schwere Geschütze wurden zerstört und 15 Kriegsschiffe versenkt. Mehrere tausend Tonnen Waffen und Munition, Kriegsmaterialien und Versorgungsmittel des Feindes wurden erbeutet oder vernichtet.

Vier - während der Herausgabe des Berichts bereits eine fünfte - Provinzhauptstädte wurden befreit, um weitere sieben geht der unmittelbare Kampf, der zu ihrer Befreiung führen wird. Neben dem bereits befreiten, vom Feind gänzlich gesäuberten und schon von der Regierung der Nationalen Union verwalteten Gebiet, in dem über eine Million Menschen lebt und das etwa ein Drittel des Landes umfaßt, hat der nationale Befreiungskampf weite von den patrioti-

LEHRREICHES AUS DER BÜRGERLICHEN PRESSE

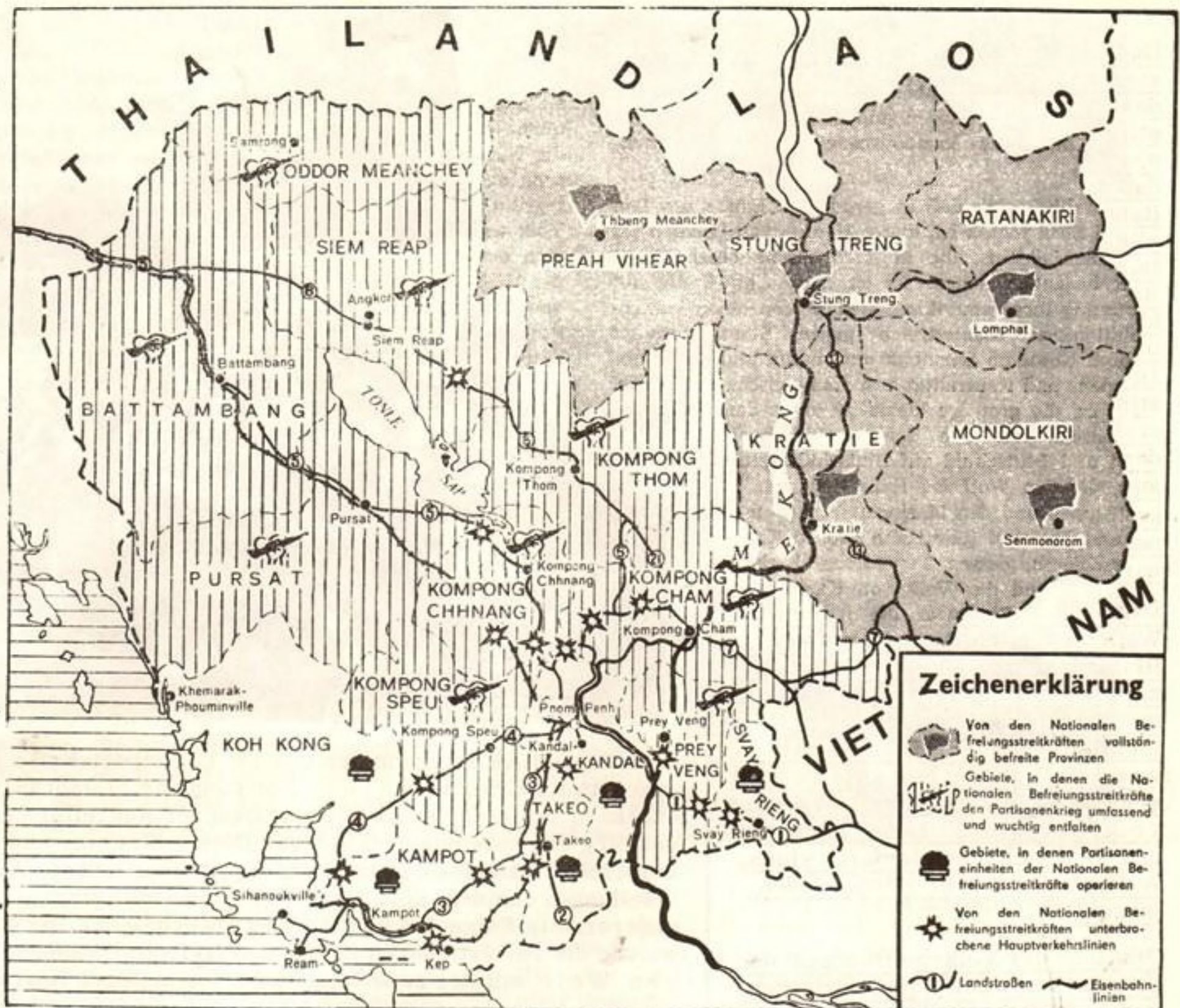
'Alle Welt erwartete von der Ausweitung des Indochinakrieges ernsthafte Rückschläge für die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion; ja es war sogar von einem Abbruch der SALT-Konferenz die Rede. Doch nichts dergleichen geschah. Rußland verzichtete nicht nur auf jeden stärkeren Druck als Antwort auf Präsi-

dent Nixons Kambodscha-Abenteuer, es verweigert sogar bis zum heutigen Tag der Exilregierung Sihanouks die Anerkennung, ergreift damit indirekt die Partei Lon Nols, der ohne Amerikas Eingreifen schon längst unterlegen wäre... Der Unfug von Nixons Asienpolitik hätte vermutlich nie so schreckliche Ausmaße angenommen, wäre ihm nicht von seinem Geheimdienst versichert worden, daß die Russen gute Miene zum bösen Spiel in Kambodscha und Laos machen würden."

(Aus einem Leitartikel der SPÖ-"Arbeiter-Zeitung" vom 31. 5. 1970)

schen Kräften kontrollierte Gebiete ergeben, die den Großteil des Landes umfassen.

Der Plan der US-Imperialisten, die Völker Indochinas zu unterwerfen, ihre Länder zu kolonialisieren und in Aufmarschgebiete gegen Volkschina zu verwandeln, hat somit auch in Kambodscha schmachvollen Schiffbruch erlitten. "Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße!"



Kartenskizze: Die Lage im Widerstandskrieg des kambodschanischen Volkes gegen die USA-Aggression

DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK WIRD BIS ZUM SIEG KÄMPFEN !

FEIERLICHE ERKLÄRUNG DER PALÄSTINENSISCHEN BEFREIUNGSORGANISATIONEN

Das Zentralkomitee der palästinensischen Befreiungsorganisationen, die höchste gemeinsame Instanz dieser Kampforganisationen, hat am 25. Juli in einer scharfen Erklärung den von Ägyptens Staatschef Nasser unter sowjetischem Druck akzeptierten US-"Nahostplan" ("Rogers-Plan") zurückgewiesen:

"Die imperialistischen und zionistischen Absichten, die sich hinter der Etablierung Israels verbergen, liegen darin, eine feste und dauerhafte kolonialistische Basis im Herzen des arabischen Gebietes zu errichten, von der aus mit physischer Gewalt die Einheit, der Fortschritt und die Entwicklung der arabischen Nation verhindert und die Interessen der Kolonialherren in diesem Raum vertreten und geför-

dert werden sollen.

Es hat sich eindeutig erwiesen, daß eine wirksame Abwehr der zionistischen und imperialistischen Invasion im arabischen Raum, die mit der Okkupation Palästinas eröffnet wurde, die Einbeziehung der breiten Massen des Volkes in den Widerstand und in den Kampf zur Zurückschlagung der alten und der neuen Aggression erfordert.

Das ist der Grundgedanke der palästinensischen Kommando-Aktionen, der Sammlung der palästinensischen und arabischen Massen um sie, und der Entwicklung dieser Aktionen zu einem Volksbefreiungskampf, an dem alle arabischen Massen teilnehmen.

Verhandlungen mit Israel über die

Verwirklichung der Resolution des Sicherheitsrates und die Anerkennung Israels würden - ganz abgesehen davon, daß sie im Widerspruch zu dem arabischen Beschluß stehen, der solche Verhandlungen ablehnt - die schließliche Preisgabe des Rechtes des arabischen Volkes der Palästinenser auf ihren Heimatboden bedeuten. Überdies wäre ein 'Rückzug Israels aus den im Juni-Krieg 1967 okkupierten Gebieten' lediglich ein teilweiser Rückzug Israels, das heißt, es wäre kein Rückzug insbesondere aus Jerusalem, Golan und anderen arabischen Territorien. Und eine Feueinstellung bedeutete ein Verbot der Kommando-Aktionen. Daher ist all das für die palästinensische Widerstandsbewegung unannehmbar.

(Schluß umseitig!)

(Schluß von voriger Seite)

Das Zentralkomitee der palästinensischen Befreiungsorganisationen, das im Namen des Volkes von Palästina spricht und die Interessen seines Kampfes ausdrückt, erklärt, daß das palästinensische Volk die Resolution des Sicherheitsrates und alle Formen und Rezepte seiner Durchsetzung, einschließlich des Rogers-Plans, zurückweist. Es erklärt weiter, daß keinerlei arabische oder ausländische Instanz das Recht hat, dem palästinensischen Volk die Existenzrechte abzuspochen, seine Heimat dem Zionismus oder Imperialismus auszuliefern und in irgendeiner Weise für die Liquidierung des palästinensischen Volkes und Landes zu wirken.

Das Volk Palästinas, das zu den Waffen gegriffen hat, um seinen Heimatboden zu befreien, dorthin zurückkehren und sein Selbstbestimmungsrecht ausüben zu können, wird diese Waffen nicht wieder niederlegen. Es wird seinen bewaffneten Kampf bis zur völligen Befreiung fortsetzen und wird sich niemals durch einen Waffenstillstand die Hände binden lassen!"

"Es lebe der Volksbefreiungskrieg!"
"Nieder mit allen liquidatorischen und kapitulanten "Lösungen!"



VOR 20 JAHREN begann der von den US-Imperialisten und ihren Lakaien angezettelte Krieg in Korea. Vor nunmehr 17 Jahren, am 27. Juni 1953, endete er mit einer schweren Schlappe der Angreifer und einem großartigen Sieg des koreanischen Volkes. Dieser Sieg war einerseits Frucht des heroischen Kampfes des koreanischen Volkes selbst, dem Freiwilligenabteilungen aus dem sozialistischen China im Kampf zur Seite standen, andererseits Folge der mächtvollen kämpferischen Solidarität, welche die revolutionären Kräfte und freiheitsliebenden Völker der ganzen Welt mit der gerechten Sache des tapferen Korea bekundeten.

Unser Bild: Chinesische Freiwillige eilen dem koreanischen Volk brüderlich zu Hilfe.

ALBANIEN UND JUGOSLAWIEN

Am 30. Mai 1970 hat der 1. Sekretär des ZK der albanischen PdA, Genosse Enver Hodscha, in Bajram Curri, der Hauptstadt des albanischen Grenzbezirkes Tropoja, eine Rede gehalten, in der er auch auf die Beziehungen mit Jugoslawien zu sprechen kam. Einige bürgerliche Kommentatoren - so etwa die "Presse"-Korrespondentin Christine Kohl (Nomen est Omen!) - haben nun versucht aus dieser Rede eine sensationelle "Wendung" der albanischen Außenpolitik herauszulesen. In Wahrheit gibt es natürlich weder eine Sensation noch irgendeine Wendung. Gerade die albanische Außenpolitik ist ein Musterbeispiel für revolutionäre Prinzipienfestigkeit und angewandten proletarischen Internationalismus. Würden die diversen "Kohl"-Produzenten über Enver Hodschas Rede nicht rätseln, sondern ihren Text

veröffentlichen, wäre das jedermann sofort klar. Nachstehend die Jugoslawien betreffenden Abschnitte in der bedeutsamen Rede des Genossen Enver Hodscha:

Unser Land befolgt eine Politik der gutnachbarlichen Beziehungen, der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aller Nachbarstaaten. Die Politik unserer Partei und Regierung ist eine prinzipienfeste Politik, die auf den Lehren des Marxismus-Leninismus basiert. Auf dieser Grundlage haben wir unsere Beziehungen mit anderen Ländern errichtet und werden sie weiter errichten, auf dieser Grundlage entwickeln wir auch unsere Beziehungen zu unserem Nachbarn Jugoslawien.

Unsere Ansichten über Jugoslawien sind bekannt und wir legen sie offen dar. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Völkerschaften Jugoslawiens ein, aber wir verschweigen auch nicht, daß zwischen uns und der jugoslawischen Führerschaft tiefe, unversöhnliche ideologische Widersprü-

che bestehen die sich aus der Tatsache herleiten, daß die jugoslawische Führerschaft nicht marxistisch-leninistisch ist. Im Gegenteil, sie verfolgt eine revisionistische Linie mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Das ist die Anschauung unserer Partei - und während wir uns selber das Recht zuschreiben, diese Anschauung zu haben und konsequent zu verfechten, sprechen wir niemand das Recht ab, in ähnlicher Weise seine Anschauungen über uns zu haben. Unsere Partei wird daher niemals der prinzipientreuen ideologischen Polemik entsagen, sondern wird bis zum Ende jeden antimarxistischen und revisionistischen Standpunkt, welcher Schattierung auch immer, bekämpfen.

Aber wir entwickeln zwischenstaatliche Beziehungen mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien sowohl auf dem Gebiet des Handels als auch in anderen Belangen gegenseitigen Interesses. Wir sind für die stetige Verbesserung solcher Beziehungen eingetreten und treten auch jetzt dafür ein. Es hat in dieser Beziehung weder in der Vergangenheit an unserem guten Willen gemangelt, noch wird es in Zukunft daran mangeln, denn wir sind, was wir stets unterstreichen, die Freunde und Brüder der Völkerschaften Jugoslawiens. Wir hoffen daher, daß diese Freundschaftsgefühle, die sich im gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten herausgebildet haben als die albanischen und jugoslawischen Partisanen gemeinsam kämpften, einander die Wunden verbanden und zusammen siegten, sich in richtiger Weise und im gegenseitigen Interesse entwickeln werden.

Zugleich sind wir uns auch bewußt, daß es die amerikanischen und die sowjetischen Imperialisten gibt, denen die Volksrepublik Albanien ein Dorn im Auge ist, und daß sie ständig Komplote gegen uns schmieden. Doch sie werden ihre verbrecherischen Ziele niemals erreichen, denn unser Volk ist wachsam und hält sein Pulver trocken. In den beiden letzten Jahren haben die chruschtschowistischen revisionistischen Aggressoren auch Jugoslawien und seine Völkerschaften, ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität bedroht. Das Volk aller Nationalitäten in Jugoslawien hat im antifaschistischen Krieg mutig gekämpft, und es wird sicher verstehen, wieder zu kämpfen und jeden Aggressor zurückzuschlagen, der es wagen sollte, seine mit Blut und Opfern errungene nationale Freiheit und Unabhängigkeit zu verletzen. Das albanische Volk wird, im Falle der Gefahr, den jugoslawischen Völkerschaften gegen jeglichen Aggressor, der die nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Souveränität unserer beiden Völker bedroht, zur Seite stehen. Und jeder Aggressor sollte begreifen, daß er uns nicht nur nicht brechen und schlagen kann, sondern daß er bei einem solchen Abenteuer seinen Tod finden würde. Wir haben das bereits festgestellt und stellen es neuerlich klar, offen und unmißverständlich fest. Dieser unser Standpunkt entspricht unmittelbar unseren Prinzipien.

Bekanntlich gibt es in Jugoslawien eine zahlreiche Bevölkerung albanischer Nationalität. So leben und arbeiten dort unsere Brüder aus Kosovo. Es wäre antimarxistisch und ein nationaler Verrat, wenn wir das außer acht ließen, wenn wir uns nicht mit ihrem Schicksal befaßten. Die "Borba", das Zentralorgan der jugoslawischen Führerschaft, gab als unleugbare Wahrheit die Tatsache zu, daß die



VORWÄRTS ZU NEUEN SIEGEN !
(Plakat zum 25. Geburtstag des sozialistischen Albanien)

albanische Bevölkerung "stets die Zielscheibe ausländischer Angreifer gewesen ist, aber dessenungeachtet immer genügend Kräfte aufgebracht hat, ihre nationale Identität beizubehalten... Es ist kein Zufall, daß die Albaner die älteste in Europa lebende ethnische Gruppe sind und unablässig um ihre nationale Unabhängigkeit gekämpft haben".

Wir verlangen, daß unsere Brüder jenseits der Grenze ihre vollen Rechte haben sollen, ebenso wie die anderen Völkerschaften in Jugoslawien.

Wir sagen offen heraus, daß wir uns niemals in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemengt haben und auch nicht beabsichtigen, das jemals zu tun. Wir gehören nicht zu denjenigen, die aus Mazedoniern oder Türken Albaner machen wollen, aber wir stellen fest, daß die Kossovaren und die Albaner von Mazedonien und von Montenegro eben Albaner sind. Wir sind daher völlig im Recht, jegliche Aktion zu verurteilen, die unseren Brüdern aus Kosovo und anderen Albanern die Rechte absprechen, die ihnen von der jugoslawischen Verfassung gewährt wurden, sowie jegliche Maßnahme, die auf ihre Entnationalisierung oder auf die Aussiedelung aus dem Land ihrer Vorfahren abzielt. Wir können nicht schweigen, wenn in Jugoslawien lebende Albaner sogenannter politischer Verbrechen beschuldigt werden, sobald sie sich mit der Entwicklung des neuen Lebens in Albanien befassen sowie mit unseren Erfolgen und Siegen beim Aufbau des Sozialismus. Es wäre eine kurzsichtige und auch erfolglose Politik, die albanische Bevölkerung von Kosovo in irgendeiner Form der Volksrepublik Albanien entgegenstellen zu wollen. Wir haben unsere Brüder aus Kosovo und ihre Rechte im Rahmen der internationalen und menschlichen Normen sowie im Rahmen der guten

Nachbarschaft unserer beiden Staaten immer verteidigt und werden das auch weiterhin tun.

Wir sind sicher, daß die Völkerschaften Jugoslawiens, die unsere Freunde sind, uns richtig verstehen und diesen unseren Standpunkt billigen. Nur diejenigen, die nicht nur gegen die Kossovaren, sondern gegen die nationalen Rechte und Freiheiten der Völkerschaften Jugoslawiens überhaupt sind, würden uns des Chauvinismus und angeblicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens bezichtigen.

Das albanische Volk freut sich, daß seine Brüder in Kossovo immer regeren Anteil an der Entwicklung der Wirtschaft und der Politik des Landes nehmen, daß die Bevölkerung, Jugendliche und Intellektuelle von Kossovo albanische Schulen besuchen und große Anstrengungen machen, die albanische Sprache, die albanischen Traditionen und Bräuche und die albanische Kultur zu stärken und zu entwickeln. Unser Volk und seine diversen wissenschaftlichen, pädagogischen und kulturellen Institutionen sind stets bereit, den kossovarischen Brüdern beim Voranschreiten

auf ihrem erhabenen Weg zu helfen. Wir sind bereit, neben Handelsbeziehungen auch kulturelle Beziehungen zu entwickeln. Wir können dies auch mit den anderen Völkerschaften Jugoslawiens tun, aber im Falle von Kossovo machen es die gleichen Traditionen, die gleiche Kultur und Sprache natürlich besonders günstig. Die verschiedenen Fakultäten unserer Universität, anderer Hochschulen und Institute sind bereit, unseren Brüdern aus Kossovo die notwendigen Lehrbücher zu verschiedenen Themen zu liefern. Unsere Fachschulen können in ähnlicher Weise kossovarischen Jugendlichen Stipendien gewähren, damit sie ihre Studien in beliebigen Fächern beenden können; sie können auch viele andere aufnehmen und ebenso kossovarischen Lehrern zu Praktikum, Spezialisierung bzw. Erfahrungsaustausch freie Kost und Quartier geben. Wir sind überzeugt, daß die brüderlichen Völkerschaften Jugoslawiens uns dabei verstehen und unterstützen werden, denn wir verfolgen damit den Weg des proletarischen Internationalismus.

Zwei Aufrufe griechischer Marxisten-Leninisten

Dem ZK der MLPÖ sind vor kurzem seitens griechischer marxistisch-leninistischer Organisationen die nachstehenden beiden Aufrufe mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt worden. Sie geben einen Einblick in die schwierige Situation, in der sich die griechischen Marxisten-Leninisten unter dem doppelten Druck der reaktionären Militärdiktatur einerseits und der Moskauer Revisionisten und ihrer Vasallen andererseits befinden und von welcher entscheidender Bedeutung - neben der Notwendigkeit wirkungsvoller internationaler Solidarität - die Schaffung einer konsequent marxistisch-leninistischen Partei Griechenlands ist, welche die noch sehr zersplitterten und in viele Länder zerstreuten revolutionären und proletarisch-patriotischen Kräfte des griechischen Volkes im Kampf vereinigen und führen kann.

AUFRUF DER ORGANISATION GRIECHISCHER MARXISTEN-LENINISTEN

VOM 5. JULI 1970

Das faschistische Regime in Athen steht in seinem vierten Jahr. Trotz aller Demagogie und der überaus großen Unterstützung durch den US-Imperialismus und die NATO war es nicht imstande, auch nur die geringste Massenbasis zu gewinnen. Seine Stützen sind die Waffen, der Terror, die reaktionäre Gewalt, die Folterungen, die Verurteilungen, die Mordtaten und die Willkür. Während dieser ganzen Zeit überzeugte sich unser Volk davon, daß es unter der Herrschaft des Imperialismus, unter dem System der Ausbeutung und Unterdrückung, keinen Fortschritt geben kann. Unserem Volk wurde jetzt ganz klar, daß der ausländische Imperialismus und die inländische Finanzoligarchie ein untrennbares Geflecht bilden, die Quel-

le seines Elends und Unglücks sind. Deshalb kann auch der Kampf gegen den Faschismus und gegen den Imperialismus nicht in zwei Phasen getrennt werden.

Gleich nach der Errichtung der Militärdiktatur bemühten sich gewisse Kreise, das "Thema Widerstand" unter ihre Kontrolle zu bekommen, eben jene Kreise, die für die leichte Durchsetzung des Faschismus die Verantwortung tragen. Es sprossen sogenannte "Widerstands"-Organisationen hervor, Produkte der "Stempel-Fabriken" verschiedener "Führer"; es wurden "Pakte" geschlossen zur "Stärkung des Widerstandskampfes", während die diversen "Führer" selbst durch den Streit untereinander festgenagelt waren, wer der "Echtere" sei.

Das Geschrei und der Lärm konnten den Betrug und den Bankrott nicht verdecken. Die Massen, die diesen "Führern" für einige Zeit in die Netze gegangen waren, befreiten sich nun von Tag zu Tag mehr daraus und erkennen in den verschiedenen "Führern" nichts anderes als elende Bettler bei der Reaktion und den Imperialisten um Gunst, Obdach und Vorrang. Unser Volk sieht in den Vereinbarungen mit der Reaktion, in den "Fenstern" zu Karamanlis, zum König und zu Teilen der Rechten, in den Experimenten mit Regierungen "nationaler Einheit", "erneuerter Demokratie", bürgerlichen "Parlamenten" und "Verfassungen" nichts anderes als Bemühungen der Kapitulanten, die Ketten des Volkes zu vergolden.

Die Revisionisten leugnen den Klassencharakter der Diktatur in Griechenland, daher predigen sie von "finsternen Mächten", "verrückten Obristen", "all-nationaler Front" usw. Abgesehen von ihren Streitigkeiten untereinander sehnen sich die Revisionisten aller Schattierungen allesamt bloß nach den "guten alten Zeiten" des bürgerlichen Parlaments und nach der Wiedererwerbung ihrer dort gehaltenen Pöstchen. Der Kampf unseres Volkes zielt aber nicht einfach auf einen solchen Sturz des Regimes, sondern auf die Beseitigung der Grundlagen des Systems der Unterdrückung und auf Errichtung der Volksherrschaft auf fester und dauerhafter Basis.

Für die Erreichung dieses Zieles

ist nicht nötig "die Organisierung von Komplotten, sondern die Organisierung des Klassenkampfes des Proletariats und die Führung dieses Kampfes" (Lenin). Nur die Arbeiterklasse kann den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus organisieren und richtig und konsequent bis zum Ende führen. Sie ist diejenige Klasse, die es vermag, alle anderen Klassen und Schichten, die gegen die Tyrannei sind, in einer einheitlichen antiimperialistischen antifaschistischen Front zu vereinigen. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterklasse unseres Landes es versteht, ihre revolutionäre Avantgarde zu erschaffen, die marxistisch-leninistische KP Griechenlands. Hiefür muß jeder Kommunist, jeder wahre Revolutionär arbeiten. Lehnen wir also entschieden alle Kapitulationspredigten und neue Fesseln ab. Bewaffnen wir uns in kämpferischem Geist für die neuen, wahrhaft revolutionären Kämpfe!

AUFRUF DER GRIECHISCHEN MARXISTISCH- LENINISTISCHEN ORGANISATIONEN IN DEN REVISIONISTISCHEN LÄNDERN

Am 7. April 1970 verfaßten die griechischen marxistisch-leninistischen Organisationen der politischen Emigranten, die seit 1949 in den sogenannten "sozialistischen Ländern" leben, einen Aufruf, in dem sie die revisionistische Führung der KP Griechenlands wegen der neuen Verfolgungswelle gegen griechische Marxisten-Leninisten anklagen.

Diese Verfolgungswelle zielt auf die Terrorisierung der Masse der politischen Emigranten in den "sozialistischen" Ländern und auf ihre Unterwerfung unter die Clique der Koligiannis-Günstlinge.

Nach der verbrecherischen Entführung des Genossen Nikos Tsolakidis in Bulgarien ließen die dortigen Staatsorgane neuerdings auch den Genossen Theodosios Dulgieris von seinem Verbannungsort verschwinden. Seit Februar fehlt jedes Lebenszeichen von ihm. In Ungarn wurden seit dem 17. Jänner 1970 die Genossen Fokion Kontalexis, Vangelis Stolakis und Theodoros Tsitsipas unter polizeiliche Bewachung gestellt: Sie müssen sich jeden Sonntag bei der Polizei melden; sie dürfen Budapest ohne Erlaubnis nicht verlassen; sie müssen zwischen 19 Uhr abends und 5 Uhr morgens in ihren Wohnungen bleiben; in ihrem Haus dürfen sich nicht mehr als 4-5 Personen aufhalten; sie dürfen keine Versammlungen, Kinos, Theater, Cafes, Konditoreien, Restaurants, Sportplätze usw. besuchen. Für jede Verletzung dieser Maßnahmen, die ihnen schriftlich mitgeteilt wurden, ist eine Gefängnisstrafe bis zu

einem Monat und eine Geldstrafe bis zu 5.000 Forint angedroht. In der Begründung dieser Anordnungen der ungarischen Staatsorgane heißt es: diese Maßnahmen seien notwendig, weil das Verhalten der betreffenden Personen "dem gesellschaftlichen System und der Sicherheit des Landes abträglich" sei.

Im Aufruf der griechischen Marxisten-Leninisten wird im weiteren detailliert angeführt, daß seitens der revisionistischen Führerclique der KPG mit tatkräftiger "internationalistischer" Hilfe der sowjetischen Revisionisten und ihrer Satelliten seit 14 Jahren eine Verfolgungs- und Vernichtungskampagne gegen verdiente Kämpfer der Nationalen Volksbefreiungsarmee ELAS (1942-1944) und der Demokratischen Armee Griechenlands DSE (1946-1949) geführt wird, welche der konterrevolutionären Linie des sowjetischen Revisionismus Widerstand leisten und unversöhnlich den Marxismus-Leninismus verteidigen. Für diese "Verbrechen" wirft man sie ins Gefängnis oder verbannt sie in die Steppen Sibiriens. Ihre Verurteilung erfolgt in manipulierten Prozessen oder unter Berufung auf ein Gesetz gegen

das "Landstreicher- und Dirnen-Unwesen". Sie sind verbrecherischen Entführungen und Erpressungen aller Art ausgesetzt.

Aber keine Gewalt- und Vernichtungsmaßnahme der Revisionisten kann die Marxisten-Leninisten unterwerfen, noch können die Anstrengungen des internationalen Revisionismus die verräterische Führung der KPG und ihre Politik vor dem völligen Bankrott retten. Durch ihre verzweifelten Versuche, sich mit Hilfe von Repressalien gegen die Kritik und den Widerstand konsequenter Revolutionäre zu behaupten, die im Befreiungskampf oft ihre Gesundheit verloren und schwere Verletzungen erlitten haben, aber dessenungeachtet weiter kein Opfer für die Sache des Volkes scheuen, zeigt die revisionistische Koligiannis-Clique noch deutlicher, in welcher aussichtsloser Krise und völliger Isolierung sie sich befindet.

In einem Zeitpunkt, da der harte und schwere Kampf unseres Volkes entscheidende Aktionen gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien, die griechische Militärjunta, erfordert, greifen die Revisionisten voller Wut die konse-



quenten Volkskämpfer an. Damit helfen sie der Athener Junta und ihren Bossen ganz wesentlich. Deshalb ist auch der Kampf gegen die faschistische Diktatur in Griechenland untrennbar mit dem Kampf gegen den Revisionismus verbunden und kann man nicht für die Verteidigung und Rettung der in Griechenland verfolgten Volkskämpfer eintreten ohne die gleichzeitige Verteidigung und Rettung der von den Revisionisten verfolgten und gemäß regelten griechischen Revolutionäre.

Die griechischen marxistisch-leninistischen Organisationen der politischen Emigranten in den "sozialistischen" Ländern rufen deshalb alle griechischen Auswanderer und Emigranten auf, sich einzusetzen:

daß die Verfolgung von griechischen Marxisten-Leninisten in den sogenannten "sozialistischen" Ländern eingestellt wird;

daß die bulgarischen Staatsorgane bekanntgeben, wo sich der Genosse Theodosios Dulgeris befindet und daß sie die in Bulgarien in Verbannung lebenden griechischen Revolutionäre freilassen;

daß die ungarischen Staatsorgane die schändliche Maßnahme der polizeilichen Überwachung und Isolierung griechischer Volkskämpfer aufheben.

Die genannten griechischen marxistisch-leninistischen Organisationen rufen ferner alle im Ausland lebenden progressiven Griechen auf, der Sache ihres Volkes und seiner kämpferischen Geschichte treu zu bleiben. dem Beispiel der unsterblichen Helden ihres Volkes zu folgen und alle ihre Kräfte in einer wahrhaft revolutionären Front des Volkes zu vereinen, gegen den Imperialismus und seine Lakaien, gegen jeden Saboteur und Spalter dieser Front, für die nationale Unabhängigkeit und die demokratische Volksmacht in Griechenland.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE LITERATUR



MAO TSETUNG :

VÖLKER DER GANZEN WELT
VEREINIGT EUCH, BESIEGT
DIE US-AGGRESSOREN UND
ALLE IHRE LAKAIEN!

Der historische Aufruf Mao Tsetungs vom
20. Mai 1970

Kleinformat, 10 Seiten, Best.Nr. 83
ö. S. 2,- plus Porto

LENINISMUS
ODER
SOZIALIMPERIALISMUS?

Grundsätzlicher Artikel der drei führenden
Presseorgane Chinas zum 100. Geburtstag
des großen Lenin

Kleinformat, 78 Seiten, Best.Nr. 92
ö. S. 3,- plus Porto

CHINAS RENMINBI - EINE
ÄUSSERST STABILE WÄHRUNG
AUF DER WELT

Zwei Artikel über Chinas Situation an der
Finanz- und Währungsfront gestern und heute

Format 13 x 18,5 cm, 38 Seiten,
ö. S. 4,- plus Porto, Best.Nr. 91

ENVER HODSCHA :

FÜNFUNDZWANZIG JAHRE
KAMPF UND SIEG AUF DEM WEG
DES SOZIALISMUS

BERICHT AUF DER FEIERLICHEN SITZUNG
ZUM 25. JAHRESTAG DER BEFREIUNG
ALBANIENS (29. Nov. 1969)

96 Seiten, ö. S. 4,- plus Porto, Best.Nr. 205

DIE ROTE SONNE
ERHELLE DEN WEG,
AUF DEM DADSCHAI
VORWÄRTSSCHREITET

FARBILDBAND IM GROSSFORMAT 22 x 26

Dieses repräsentative Werk erzählt in Wort und vor allem in über 100 großformatigen, teils in Vielfarbdruk ausgeführten Fotoreproduktionen die Geschichte des chinesischen Dorfes Dadschai, das aus einem Dorf des Hungers und des Elends zu einem Musterstück der modernen sozialistischen Landwirtschaft Chinas wurde.

ö. S. 18,- plus Porto Best.Nr. 100

DEN GROSSEN SIEBZIGERJAHREN
ENTGEGEN

Gemeinsamer Artikel der drei großen chinesischen Zeitungen "Renminribao", "Hongqi" und "Jiefangjunbao" zum Beginn des Jahrzehnts

Kleinformat, 24 Seiten, Best.Nr. 523
ö. S. 2,- plus Porto

BESTELLUNGEN ERBETEN
AN

"ROTE FAHNE"
1150 WIEN 15
GOLDSCHLAGSTRASSE 64/5

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

(MLPÖ)

Erscheint monatlich.

Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)

Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5.

Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion der "Roten Fahne", 1150

Wien, Goldschlagstrasse 64/5. Telefon 92-33-88. Jahresabonnement S 35,-, Halbjahresabonnement S 20,-, Auslandsabonnement S 45,-

(DM 7,00) Postscheckkonto Nr. 173.848

